

KOMMENTAR

Beeindruckender Bundestag

Berlin setzt bei Euro-Rettung auf Solidarität und Solidität

MATTHIAS IKEN

Das Verhandlungsmandat des Bundestages für Kanzlerin Merkel ist mutig ausgefallen, und es ist beeindruckend zugleich. Denn dieses Mal haben, nach einer ersten wie leidenschaftlichen Debatte, neben den Abgeordneten der Koalition auch die meisten Parlamentarier der SPD und der Grünen für einen erweiterten Rettungsschirm EFSF gestimmt. Nur die Linke, die ständig von Solidarität redet, ist dagegen.

Auch wenn die Zustimmung vielen zu Recht schwerfällt und Deutschland hohe Risiken eingeht – die Ablehnung hätte das Gemeinschaftsprojekt Euro dem Abgrund noch ein Stück näher gebracht. Das Verhandlungsmandat mit der breiten parlamentarischen Mehrheit ist ein Signal des Vertrauens in Europa und ein Ausrufezeichen an andere Staaten.

Denn es beweist zugleich, warum es Deutschland möglicherweise besser geht als vielen südeuropäischen Staaten. Es mag überheblich klingen, aber diese deutsche parlamentarische Kultur dürfen sich Italiener oder Griechen gern zum Vorbild nehmen. Zum Beispiel Athen: Dort streiten die Parteien im Parlament erbittert um jedes Spargesetz; selbst in der Stunde der drohenden Staatspleite regieren Zank und Hader, die Ausgangslage für die nächste Wahl ist vielen griechischen Oppositionspolitikern wichtiger als die Zukunft des Landes. Oder das Beispiel Italien: Dass das Land nun mit im Schuldensumpf zu versinken droht, hat weniger mit der Finanzstruktur zu tun als vielmehr mit geradezu grotesken Gestalten. Ministerpräsident Silvio Berlusconi und sein populistischer Koalitionspartner Umberto Bossi sind derzeit die schlimmsten Krisenbeschleuniger in Euro-Land.

Während die Nordeuropäer im Vertrauen auf die europäische Idee – und ihren eigenen Vorteil aus dem Euro – Milliardenrisiken relativ geräuscharm übernehmen, streiten und empören sich die Pleitiers. Diese Entfremdung – erst driften die Staaten finanziell auseinander, nun entzweien sie sich auch noch politisch –, birgt für Europa weitere Brisanz.

Die deutsche Geste im Bundestag macht da etwas Mut. Bleibt zu hoffen, dass diese Sternstunde parlamentarischer Verantwortung die Geburtsstunde eines besseren Europa ist.

Seite 3 Kurze Harmonie im Bundestag

ZITAT DES TAGES

Man wünscht natürlich niemandem solch ein Ende, aber es sendet eine klare Botschaft an die Diktatoren rund um den Erdball.

US-Präsident Barack Obama in der Talkshow von Jay Leno nach Tod Gaddafis

DEBATTE

Als die FDP den Kapitalismus zähmte

Heute vor 40 Jahren formulierten die Liberalen ihre Freiburger Thesen. Sie könnten aktuell Mahnung und Perspektive sein

CHRISTOPH GIESA

Heute jährt sich die Verabschiedung der Freiburger Thesen, dem maßgeblich von Karl-Hermann Flach und Werner Maihofer entworfenen ganzheitlich-liberalen früheren Parteiprogramm der FDP, zum 40. Mal.

Damit haben die damals formulierten Ideen zwar ein gewisses gesetztes Alter erreicht, sind aber immer noch in weiten Kreisen der Bevölkerung Sinnbild für ein fortschrittliches Liberalismusverständnis.

Gerade in einer Zeit, in der der Kapitalismus in seiner aktuellen Form von vielen Menschen ebenso infrage gestellt wird wie die grundsätzliche Ausrichtung der FDP, lohnt es sich, sich mit den Hauptanliegen des Freiburger Programms auseinanderzusetzen.

Getragen war dieses von der Überzeugung, dass ein fortschrittliches Freiheitsverständnis auch darauf abzielen muss, die Gegnerschaft von Arbeit und Kapital, von Arbeiterklasse und Bürgertum zu überwinden und damit den Kapitalismus zu demokratisieren – oder zu zähmen, wie es Marion Gräfin Dönhoff einmal formulierte. Die Liberalen erkannten mit der Verabschiedung der Freiburger Thesen vor genau 40 Jahren an, dass bei allem Effizienzstreben, das durch marktwirtschaftliche Freiheiten ermöglicht und abgesichert werden muss, ein umfassendes Freiheitsverständnis nicht nur in formalen Ansprüchen und faktischen Abwehrrechten gegen den Staat, sondern auch in realen Teilhaberechten am Staat und der ihn tragenden Gesellschaft bestehen muss.



Christoph Giesa, 31, ist Buchautor, FDP-Mitglied und lebt in Hamburg

Diese sollten durch eine umfassende Demokratisierung des bestehenden politischen Systems wie auch des Wirtschaftssystems erreicht werden – Forderungen, die die FDP für einige Jahre sogar anschlussfähig in Richtung der re-

voltierenden Studentenschaft machten und machtpolitisch eine klare Abkehr von der langjährigen Fixierung auf die Unionsparteien als Regierungskoalitionspartner bedeuteten.

Während diese Ansätze heute in Teilen an die Programmatik der Piratenpartei erinnern, wurden andere Themen später maßgeblich von den Grünen aufgegriffen. So fand sich in den Freiburger Thesen als erstem Programm einer Partei in der bundesdeutschen Geschichte überhaupt ein Abschnitt zur Umweltpolitik.

Derzeit allerdings fehlt in Deutschland eine politische Kraft, die sich glaubwürdig auf die Fahnen geschrieben hat, wirtschaftliche, soziale und ökologische Freiheitsrechte gleichermaßen zu vertreten. Dabei ist die FDP aus ihrer wirtschaftsliberalen Ecke heraus eigentlich dafür prädestiniert, diese Rolle zu übernehmen, weil man bei ihr sicher sein könnte, dass sie bei aller aktuellen Kapitalismuskritik immer auch darauf achten würde, dass die wirtschaftlichen Freiheiten nicht so stark eingeschränkt würden, dass es wohlstandgefährdend würde.

LEITARTIKEL

Hart, aber richtig

Die schmerzhafteste Schließung von Bundeswehrstandorten auch im Norden ist notwendig

Das neue Stationierungskonzept der Bundeswehr ist brutal: Standorte werden geschlossen oder so drastisch verkleinert, dass manche Kasernen künftig eher an Geisterstädte denn an Garnisonen erinnern werden. Geschäfte, die bislang von den Soldaten und ihren Familien profitiert haben – vom Bäcker bis zur Kneipe –, müssen sich auf sinkende Umsätze einstellen, viele werden schließen müssen. Ausgerechnet Schleswig-Holstein, der strukturschwache Flächenstaat, ist besonders hart betroffen.

Dazu kommt der menschliche Faktor: Familien werden aus Orten wie Glücksburg, Aurich oder Delmenhorst wegziehen müssen, manche Ehen werden zu Wochenend-Beziehungen, viele Arbeitnehmer verlieren in den kommenden Jahren ihre Arbeit.

Und doch: So menschlich schlimm die Kürzungen im Einzelfall sind, so gerecht sind sie doch trotz ihrer schonungslosen und umfassenden Grausamkeit. Nur wenige Bundesländer sind von Verteidigungsminister Thomas de Maizière verschont worden – meist diejenigen, in denen es sowieso kaum noch Bundeswehrstandorte gab. Und welche Kriterien will man anlegen beim Beklagen des Schadens? Das Saarland ist verhältnismäßig gesehen noch härter betroffen als Schleswig-Holstein und verliert über 50 Prozent seiner Dienstposten. Bayern muss dagegen auf die meisten Soldaten verzichten – insgesamt fast 20 000. Baden-Württemberg muss sich von riesigen Traditionsgarnisonen wie in Sigmaringen verabschieden. In Niedersachsen werden knapp 11 000

Dienstposten gestrichen, dazu muss das Land noch den Abzug der Briten verkraften.

Zugleich ist unumstritten, dass die Verkleinerung der Bundeswehr notwendig ist. Eine Freiwilligenarmee ohne Feind jenseits der Elbe braucht heute keine 400 Standorte mehr. Aus dieser Bedrohung heraus waren während des Kalten Krieges zahlreiche Militäreinheiten im Norden angesiedelt worden: Man fürchtete, der Warschauer Pakt würde für einen Angriff die norddeutsche Tiefebene auswählen. Doch diese Zeiten sind längst Geschichte.

ROMAN HEFLIK



Der Autor ist Redakteur im Politikressort des Abendblatts

Angestoßen worden war die Bundeswehrreform vom damaligen Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg. Von vielen waren seine Pläne damals beklatscht worden – wohl oftmals in der Hoffnung, sich doch noch rechtzeitig herauszuwinden zu können. Badener Thomas de Maizière fällt nun die undankbare Aufgabe zu, das bittere Ergebnis der jahrelangen Reformüberlegungen zu

präsentieren. Seine Botschaft ist klar: Eine Bundesrepublik, die sich mit einer Schuldenbremse die Finanzdisziplin ins Gesetz geschrieben hat, kann es sich nicht mehr leisten, auf Dauer strukturschwache Regionen durch die Präsenz von Truppen zu alimentieren. Die Einsparungen, die jetzt in Berlin verkündet wurden, sind gewissermaßen ein Teil der Friedensdividende, die schon während des Zusammenbruchs des Ostblocks von vielen beschworen worden war. Schon seit dieser Zeit musste allen klar sein, dass die Bundeswehr künftig keine sichere Bank mehr sein konnte.

Bei der Ausarbeitung seines Konzepts hat de Maizière absolutes Stillschweigen bewahrt – mit der un schönen Folge, dass viele Kommunen nun vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Fraglich ist allerdings, ob eine zeitigere Information zu einer schnelleren Lösung der Probleme geführt hätte oder dem Sankt-Florians-Prinzip gemäß eher zu einem öffentlichen Geschwiebe und Gezerre zwischen den Interessengruppen.

Nur in einem Punkt hätte de Maizière sein Schweigen brechen können: in der Frage, wie die Kommunen für ihre Verluste entschädigt werden können. Bund und Länder müssen schnell dafür sorgen, zusammen mit den Gemeinden eine neue Nutzung für die frei werdenden Bundeswehrgrundstücke zu entwickeln. Das wäre wahre Hilfe zur Selbsthilfe. Und für die Betroffenen vielleicht der Start in eine neue, vielversprechende Zukunft.

Seite 8 Der Norden wird abgerüstet



Karikatur: toonpool/ERL

Briefe an die Redaktion

Bürger übergangen

26. Oktober: „Der Senat steht im Wald“

Bei der Bürgeraktion „Mein Baum – meine Stadt“ sind die ersten Bäume gepflanzt worden. Da hat sich der Senat schnell in Szene gesetzt. Hamburger Bürger haben die Bäume gespendet, und der Senat macht daraus Eigenwerbung. Es hätte dem Bürgermeister gut zu Gesicht gestanden, dann auch Bürger einzuladen.

Hans-Jürgen Lorenz

Selbsterhellender Senat

Während wir in Rahlstedt mit der willkürlichen Abholzung gesunder Kastanien und der Verunstaltung unserer Schweriner Straße kämpfen, baut sich unser Senat auf und präsentiert uns die gute Idee der Neupflanzung! Viele Rahlstedter fragen sich, woher diese Selbsterhelllichkeit im Umgang mit unseren Steuergeldern kommt. In unserem Stadtteil wurden trotz Bürgerprotestes Palmen gepflanzt, mit denen wir uns zum Gespött von Touristen machen. Viele Menschen haben mehr und mehr den Eindruck, auch in Hamburg machen die Politiker, was sie wollen, mit einer Sturheit und Arroganz, die nichts mehr mit hamburgischer Zielstrebigkeit zu tun hat. Ich hoffe, dass viele Menschen durch dieses politische Gehabe aufwachen und sich engagieren, damit das bürgerliche Mitspracherecht nicht endgültig untergraben wird.

Katja Müller

Unzumutbare Umwege

26. Oktober: „Schuldbürgerstreich im Unnapark“

Außer Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen sind auch Mütter und Väter, die Babywagen oder Karren schieben, und Senioren, die einen Rollator benötigen, auf barrierefreie Zugänge angewiesen. Diesen Personen Umwege zuzumuten ist skandalös! Vielleicht weiß Frau Buchholz solche Erleichterungen auch nur deshalb nicht zu schätzen, weil sie noch das Glück hat, rüstig zu sein.

Eckard Wendt

Seltsame Entscheidung

26. Oktober: „Hamburg bekommt neue Schulen – auch in der HafenCity“

Wenn man schon neu plant, sollte man das zeitgemäß tun – und das heißt, keine neuen Gymnasien, sondern moderne Stadtteilschulen zu errichten. Denn genau dort (und nur dort) liegt die Zukunft! Warum ist man nicht bereit, den Kindern Zeit und Raum für ihre individuelle Entwicklung zu geben, zumal die Stadtteilschulen mit ihren Oberstufen den gleichen Bildungsabschluss ermöglichen wie die Gymnasien, nämlich das Abitur.

Edith Aufdembrinke, DAGO Kinderlobby e. V.

Verständliche Unruhe

25. Oktober: „Problem der XXL-Lauben nur im Bezirk Mitte“

Es ist verständlich, dass Unruhe bei den Betroffenen aufkommt. Die Forderung nach Bestandsschutz von Herrn Hecht (CDU) und einigen Gartenfreunden kann ich nicht nachvollziehen. Wer beachtet den Bestandsschutz, als ein Anbau gemacht wurde? Darf nun auch der anbauen, der sich bisher gesetzestreu verhalten hat und auf eine Veranda verzichtete? Und was haben die Wilhelms-

burger davon, wenn auch andere Bezirke nachmessen? Ihr Unrecht wird dadurch nicht hingefällig, nur ihr Neidgefühl befriedigt.

Günter Bock

Verzögerungstaktik

25. Oktober: „E.on Hanse soll Kunden 75 000 Euro zurückzahlen“

Mich überrascht die Aussage, dass die restlichen 50 000 Gaskunden mit Bezug auf das Urteil (des Landgerichts Hamburg) zu viel bezahltes Geld zurückfordern können. Im letzten Dezember schrieben sie vielmehr, dass für eine erfolgreiche Rückforderung das (immer noch ausstehende) Urteil des OLG abzuwarten sei, bevor eine solche Forderung Aussicht auf Erfolg habe. Wir haben uns 2006 entschieden, zu einem anderen Anbieter zu wechseln, so dass die Frist auf eine Kostenerstattung 2010 für uns abgelaufen wäre. Zahlung unter Vorbehalt hin oder her. Durch die geschickte Verzögerungstaktik des Versorgers und der offensichtlich geringen Priorität bei der Bearbeitung an den Hamburger Gerichten könnte sich die Zahl von 50 000 Anspruchsberechtigten deutlich reduziert haben.

Mario Sagasser

Eindimensionale Sicht

25. Oktober: „Kluge Verkehrspolitik nützt der Umwelt“

Prof. Dr. Hans-Jörg Schmidt-Trenz doziert über kluge Verkehrspolitik, die der Umwelt nützen soll. Doch die klugen Stichworte aus der Feder der Handelskammer sind altbekannt: Vertiefung der Unter-, Außen- und Mittelbe, Ausbau aller Autobahnen um Hamburg, Bau der Hafenuferspange – immerhin auch der Bau einer Stadtbahn, allerdings erst Ende des Jahrzehnts. Wirklich kluge Politik sollte jedoch nicht nur auf sich ständig übertreffende Wachstumsprognosen reagieren. Sie sollte versuchen, das Wachstum zu steuern. Kluge Planer sollten frühzeitig europäisches Umweltrecht berücksichtigen. Kluge Verkehrsplaner sollten es nicht zulassen, dass an Hamburger Straßen die Luftschadstoffwerte weit über den europäischen Vorgaben liegen. Kluge Politik ist eben nicht so eindimensional, wie Prof. Schmidt-Trenz sie beschreibt.

Paul Schmid, Pressesprecher BUND

Viele Fehlentscheidungen

24. Oktober: „Hamburg Messe verliert jeden dritten Besucher“

Die Misere der Hamburg-Messe resultiert auch aus teilweise jahrzehntelangen Fehlentscheidungen bei einzelnen Branchen. Bei der „Reisen Hamburg“ beispielsweise wurden bereits vor langer Zeit zwei Branchen zusammengelegt, die nur vordergründig mit Reisen zu tun haben, tatsächlich aber sich gegenseitig absolut feindlich gegenüberstehen: die Ausstellung der Motorhomes und die Touristikbranche. Wer Zehntausende Euros in sein Wohnmobil gesteckt hat, der kommt für den Reiseveranstalter als Kunde nicht mehr in Betracht und nutzt den touristischen Aussteller höchstens als kostenlosen Prospekt- und Informationslieferanten. Also sprangen Veranstalter ab, die Messe wurde immer unattraktiver.

Mariusz Rejmanowski

Die Zuschriften geben die Meinung der Einsender wieder. Kürzungen vorbehalten. Weitere Briefe auf www.abendblatt.de Schreiben Sie an briefe@abendblatt.de oder per Post an das Brieffach 2110, 20350 Hamburg

PRESSESCHAU

Zur Politik Berlusconis

In 18 Jahren hat Berlusconi sein System der „Antipolitik“ fest verankert. Bis heute ist sein „Haus der Freiheiten“ keine Partei, sondern ein von ihm autokratisch geführtes System.

HANDELSBLATT (DÜSSELDORF)

Zu Libyen und Tunesien

Der Islamismus bedroht den Arabischen Frühling. Der Lynchtod des libyschen Ex-Herrschers Gaddafi und die Zurschaustellung des Leichnams sind besorgniserregende Indizien für die Werte der neuen Machthaber.

EL MUNDO (MADRID)

Zur Rettung des Euro

Als größte Wirtschaftsmacht des Kontinents ist Deutschland das einzige

Land, das Europa aus der schwierigen Lage befreien kann. Es hat notwendige Reformen umgesetzt, um seine Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen. Frankreich bleibt keine andere Wahl, als die Herausforderung anzunehmen und Deutschland nachzueifern.

LE FIGARO (PARIS)

Als die gemeinsame Währung vor mehr als zehn Jahren eingeführt wurde, hat man den Deutschen erzählt, die Währungsunion sei ohne Hilfszahlungen und ohne den Verzicht auf Souveränität zu haben. Das hat sich als falsch herausgestellt. Die Geschäftsgrundlage für den Euro wurde also geändert – und es geht nun darum, ob die Deutschen die Währung zu den neuen Bedingungen noch wollen. Mit allen Konsequenzen. Über diese Frage muss der Bundestag nicht in dieser Woche entscheiden.

DIE ZEIT (HAMBURG)